

Fraktionen streiten um Integrationskonzept

SPD-Innenminister lehnt CDU-Pläne ab

KIEL. Die CDU will den Kommunen für die Integration jedes Flüchtlings künftig 2500 Euro (derzeit 2000 Euro) überweisen. Das geht aus dem Entwurf eines Integrationsgesetzes hervor, den der Landtag nächste Woche beraten soll. Die Mehrkosten bezifferte die Union auf neun Millionen Euro. Parteichef Ingbert Liebing will zudem Flüchtlingen, die einen Sprachkurs „aktiv verweigern“, die Kurskosten in Rechnung und keinen Dolmetscher zur Verfügung stellen.

„Es gibt Klagen von Sprachlehrern, dass einige Flüchtlinge nur nach Lust und Laune erscheinen“, sagte Liebing. „Das ist ein Problem.“ Wie viele solcher Fälle es in Schleswig-Holstein gibt, ließ Liebing auf Nachfrage offen. Unklar blieb auch, ob die CDU vor Jahren

eingewanderte Migranten und Gastarbeiter zu Sprachkursen verpflichten möchte. „Wer volljährig ist und sich in den vorangegangenen sechs Jahren mindestens drei Jahre in Deutschland ständig aufgehalten hat, soll sich mit jedermann in deutscher Sprache angemessen verständigen können“, heißt es in der Vorlage.

Innenminister Stefan Studt (SPD) konterte mit Blick auf weitere CDU-Forderungen. „Wer auf deutsche Leitkultur, Abschiebehafteinrichtungen und eine pauschale Wohnortzuweisung setzt, meint eher das Gegenteil von Integration.“ Die Regierungsfaktionen schüttelten ebenfalls den Kopf. Serpil Midyatli (SPD): „Der Gesetzentwurf ist durchzogen vom Geist der Restriktion und Sanktionierung.“ *ubi*